

Haftung von Unternehmensorganen

Vorstände, Aufsichtsräte, Geschäftsführer

von

Stefan Bank, Dieter Schimmer, Michael Simon-Widmann, Dr. Reinhard Patzina

1. Auflage

[Haftung von Unternehmensorganen – Bank / Schimmer / Simon-Widmann / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Gesamtdarstellungen](#)



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 54259 6

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1. Einführung

	Rn.	Seite
I. Haftung von Unternehmensorganen im aktuellen Blickfeld	1	1
1. Entwicklung des Haftungsregimes	1	1
2. Kontrollinstrumente	3	1
3. Sorgfaltsmaßstab	8	2
4. Aktuelle Interessenkollision bei Anspruchsdurchsetzung	9	2
5. Risikoerhöhung bei Liquiditätsproblemen	10	3
II. Dynamik der Rechtsentwicklung	11	3
1. Corporate Governance Diskussion	11	3
2. Änderungen durch das MoMiG zur Stärkung von Gläubigerinteressen	15	4
3. UMAG-Business Judgment Rule	17	5
4. Organschaftliche Treuepflicht	20	5
5. Vorstandsvergütung	21	6

Kapitel 2. Fragen des Gerichtsstandes

I. Sachliche Zuständigkeit	2	9
II. Örtliche Zuständigkeit	3	10
III. Funktionale Zuständigkeit	4	10
IV. Organhaftungsansprüche	6	10
1. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen	8	11
2. Deliktische Ansprüche	9	11
3. Ausschließlicher Gerichtsstand bei Kapitalmarktinformationen	10	11
V. Internationales Recht und Gerichtsstand	11	11
1. Deliktischer Gerichtsstand	11	11
2. Fragen des internationalen Privatrechts	13	12
a) Personalstatut	14	12
b) Sitztheorie	18	14
c) Verlegung des Verwaltungssitzes	19	14
d) Europäische Aktiengesellschaft – societas europaea, SE	22	15
e) Societas privata europaea	23	16

Kapitel 3. Prozessführungsrecht und Aktivlegitimation

I. Unterscheidung von Innen- und Außenhaftungsansprüchen	3	18
1. Die Innenhaftung	5	18
2. Die Außenhaftung	6	18
II. Anspruchsberechtigung und Vertretung der Gesellschaft im Rahmen von Innenhaftungsansprüchen	9	19
1. Vertretung der Aktiengesellschaft im Rahmen geltend gemachter Innenhaftungsansprüche	9	19
a) Vertretung der Aktiengesellschaft gegenüber Vorstandsmitgliedern	9	19
b) Bestellung eines besonderen Vertreters	18	22
aa) Bestellung durch Beschluss der Hauptversammlung	18	22
bb) Gerichtliche Bestellung	24	23
c) Klagezulassungsverfahren für Aktionärsminderheiten	28	23
d) Gesellschaftsgläubiger als ausnahmsweise Anspruchsberechtigte bei masseloser Insolvenz	32	24
e) Vertretung der Aktiengesellschaft gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern	33	25
f) Abwickler als Anspruchsberechtigter	36	25
g) Liquidator als Anspruchsberechtigter	37	25
h) Vertretung der Europäischen Aktiengesellschaft im Rahmen geltend gemachter Innenhaftungsansprüche	38	25

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
2. Vertretung einer GmbH als Anspruchsberechtigte	41	26
a) Vertretung der GmbH gegenüber den Geschäftsführern	41	26
b) Notwendigkeit eines Gesellschafterbeschlusses	46	27
c) Vertretung der GmbH gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern	61	30
d) Gesellschaftsgläubiger als ausnahmsweise Anspruchsberechtigte	62	31
3. Vertretung einer KGaA im Rahmen geltend gemachter Innenhaftungsansprüche	64	31
4. Vertretung einer Genossenschaft im Rahmen geltend gemachter Innenhaftungsansprüche	68	32
a) Vertretung der Genossenschaft gegenüber Vorstandsmitgliedern/Notwendigkeit eines Beschlusses der Generalversammlung	68	32
b) Fehlende Möglichkeit der Bestellung eines besonderen Vertreters	82	35
c) Vertretung der Genossenschaft gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern	83	35
5. Vertretung einer GmbH & Co. KG als Anspruchstellerin	85	35
6. Vertretung des eingetragenen Vereins als Anspruchsberechtigtem	90	37
7. Vertretung von Personengesellschaften als Anspruchsberechtigte	96	38
a) Fehlen spezialgesetzlicher Regelungen	96	38
b) Anspruchsverfolgung gegen die geschäftsführenden Gesellschafter	98	39
8. Sonderregelungen zum Verfolgungsrecht von Innenhaftungsansprüchen durch die Gläubiger	100	39
III. Anspruchsberechtigung bei Außenhaftungsansprüchen	107	41
1. Anspruchsberechtigung im Rahmen von Insolvenverschleppungstatbeständen	108	41
2. Anspruchsberechtigung von Anteilseignern	110	41
3. Anspruchsberechtigung Dritter nach den spezialgesetzlichen Schadensersatzregelungen	114	42
4. Anspruchsberechtigung von Genossenschaftsmitgliedern	117	43
5. Anspruchsberechtigung der GmbH-Gesellschafter	118	43
6. Anspruchsberechtigung von Vereinsmitgliedern	120	43
7. Vertretung im Mutter- / Tochtergesellschaftsverhältnis	121	43
a) Anspruchsberechtigung der Muttergesellschaft	121	43
b) Anspruchsberechtigung der abhängigen Gesellschaft, von Aktionären, Gläubigern und des Insolvenzverwalters	124	44
8. Anspruchsberechtigung von Gesellschaftsgläubigern wegen existenzgefährdenden Eingriffs	125	44
9. Anspruchsberechtigung von Gläubigern und Anteilseignern im Rahmen einer Umwandlung	126	44
10. Anspruchsberechtigung der Versicherung	128	45

Kapitel 4. Passivlegitimation

I. Keine Notwendigkeit der Unterscheidung von Innen- und Außenhaftungsansprüchen	2	48
II. Haftungsadressaten eines (Schadens-)Ersatzanspruches	3	48
1. Haftungsadressaten bei der Aktiengesellschaft	3	48
a) Einzelne oder sämtliche Vorstandsmitglieder	3	48
aa) Wirksam bestellte Vorstandsmitglieder	4	48
bb) Fehlerhaft bestellte Vorstandsmitglieder	5	48
cc) Fehlen eines tatsächlichen Bestellungsaktes/Faktisches Organmitglied	6	49
dd) Ausnahmsweise auch bereits ausgeschiedene Vostandsmitglieder	9	49
ee) Stellvertretende Vorstandsmitglieder	10	50
ff) Haftungsadressaten bei wettbewerbsrechtlichen Unterlassungs- und Beseitigungsansprüchen	12	50
gg) Dauer der Haftung	13	50
b) Aufsichtsratsmitglieder	14	51
aa) Wirksame/rechtsfehlerhafte Bestellung	15	51
bb) Widerruf der Bestellung oder Kündigung eines Vorstandsmitglieds/ Vertretung der Gesellschaft auf Beklagtenseite	16	51

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
c) Haftungsadressaten im Rahmen eines Vertragskonzerns	20	52
d) Haftungsadressaten im Klagezulassungsverfahren	21	52
2. Haftungsadressaten bei der GmbH	22	52
a) Einzelne oder sämtliche Geschäftsführer	22	52
aa) Generalbevollmächtigte als Haftungsadressaten	24	53
bb) Fehlerhaft bestellte Geschäftsführer	25	53
cc) Notgeschäftsführer	28	53
dd) Faktische Geschäftsführer	29	54
ee) Geschäftsführer einer Vor-GmbH	38	55
b) Aufsichtsratsmitglieder	42	56
c) Mitglieder eines fakultativen Beirates	47	57
3. Haftungsadressaten bei der Genossenschaft	48	57
4. Haftungsadressaten beim eingetragenen Verein	53	58
5. D&O-Versicherung als unmittelbarer Haftungsadressat?	56	58
a) Kein direkter Zahlungsanspruch der Gesellschaft gegenüber dem D&O-Versicherer nach bisheriger Rechtslage	58	58
aa) Keine Zahlungsansprüche der Gesellschaft aus eigenem Recht	59	58
bb) Keine Zahlungsansprüche der Gesellschaft aus abgetretenem Recht	61	59
b) Auswirkungen der Untersagung des Abtretungsverbots auf die Passivlegitimation des D&O-Versicherers – neue Rechtslage nach der VVG-Reform	64	60
aa) Abtretungsverbot in AVB/Möglichkeit einer Individualvereinbarung	66	60
bb) Bloße Abtretbarkeit eines Anspruchs auf Rechts- bzw. Abwehrschutz	71	61
cc) Fehlen eines fälligen Zahlungsanspruchs unter Berücksichtigung von § 106 S. 1 VVG n.F.	73	61

Kapitel 5. Verteilung der Darlegungs- und Beweislast bei einer Inanspruchnahme von Unternehmensorganen Umkehr der Beweislast für Vorliegen einer Pflichtverletzung

I. Darlegungs- und Beweislast obliegt Geschäftsleiter	1	63
II. Beweislast der Aufsichtsräte	2	63
III. Beweislast bei Sondertatbeständen	3	64
IV. Haftungsprivilegierung	4	64
V. Dokumentation	5	65
VI. Fehlendes Risikomanagementverfahren	6	66

Kapitel 6. Pflichtverletzungen durch Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft

A. Unterscheidung von Innen- und Außenhaftungsansprüchen	1	69
B. Innenhaftung von Vorstandsmitgliedern	2	69
I. Gesamtverantwortung und Ressortzuständigkeit der Organmitglieder	2	69
1. Nicht übertragbare Gesamtleitungsaufgaben	3	69
2. Einer Geschäftsverteilung zugängliche Geschäftsführungsaufgaben	24	72
a) Voraussetzungen einer wirksamen Geschäftsverteilung	26	73
aa) Anforderungen der zivilrechtlichen höchstrichterlichen und Instanzrechtsprechung	27	73
bb) Anforderungen der finanzgerichtlichen Rechtsprechung	30	73
cc) Abgrenzbarkeit der einzelnen Ressortbereiche	32	74
b) Haftungsrechtliche Folgen einer wirksamen Geschäftsverteilung	34	74
II. Gesamtschuldnerische Verantwortung	45	78
III. Objektiver Sorgfaltsmaßstab für Handlungen von Vorstandsmitgliedern	49	80
1. Unterscheidung der Pflichten des Vorstands nach solchen ohne oder mit eingeräumten unternehmerischen Ermessensspielräumen	54	81
2. Organschaftliche Pflichten ohne unternehmerischen Ermessensspielraum	55	82

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
3. Unternehmerische Ermessensspielräume bei der organschaftlichen Pflichten- erfüllung	59	84
4. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung einer organschaftlichen Pflichtverletzung	109	97
IV. Sondertatbestände des § 93 Abs. 3 Nr. 1 bis 9 AktG	111	97
1. Verbotene Einlagenrückgewähr als Pflichtverletzung des Vorstands	112	98
2. Zahlung von Zinsen oder Gewinnanteilen an Aktionäre	137	105
a) Einlage des Aktionärs als Eigenkapital	138	105
b) Verbot jeder wiederkehrenden Zahlung im Hinblick auf die Aktionärs- eigenschaft	140	105
c) Verbot fester und variabler Dividendengarantien	141	105
d) Darlehensgewährungen durch Aktionäre	142	105
e) Dividendengarantie durch unbeteiligte Dritte	148	106
f) Verstöße gegen § 57 Abs. 3 AktG	149	106
g) Verstöße gegen §§ 58 Abs. 4, 233 AktG	150	106
3. Verbotene Geschäfte mit eigenen Aktien	151	106
a) Zeichnung eigener Aktien	152	107
b) Verstoß gegen § 56 Abs. 2 AktG	154	107
c) Schadensersatzpflicht nach § 56 Abs. 4 AktG	155	107
d) Übernahme von Aktien für Rechnung der Aktiengesellschaft	156	108
e) Erwerb eigener Aktien	157	108
aa) Aktienrückerwerb zur Abwehr schwerer Schäden	158	108
bb) Belegschaftsaktien	164	109
cc) Erwerb eigener Aktien aufgrund Ermächtigungsbeschlusses.	171	110
dd) Vorzeitige Ausgabe von Inhaberaktien	183	113
4. Verbote der Verteilung von Gesellschaftsvermögen	189	114
5. Zahlungen nach Insolvenzreife	196	116
a) Zeitpunkt der Insolvenzreife	200	117
aa) Zahlungsunfähigkeit	202	117
(1) Nichterfüllung fälliger Zahlungsverpflichten	204	117
(2) Zahlungseinstellung	212	120
bb) Überschuldung	214	121
cc) Drohende Zahlungsunfähigkeit	235	126
b) Umfang des Zahlungsverbots nach § 92 Abs. 2 AktG n.F. (§ 92 Abs. 3 AktG a.F.)	236	126
aa) Adressaten des Zahlungsverbots	236	126
bb) Voraussetzung der Veranlassung der Zahlung/Umfang des Zahlungs- verbots	237	127
cc) Einzelfälle aus Rechtsprechung und Literatur	239	127
c) Kenntnis, Unkenntnis und Erkennbarkeit des Vorliegens von Zahlungs- unfähigkeit und/oder Überschuldung	240	128
d) Ausnahmen vom Zahlungsverbot	243	129
e) Rechtsfolgen	250	131
f) Strafrechtliche Risiken des Vorstands in der Krise	252	132
6. Unzulässige Vergütungszahlungen an Aufsichtsratsmitglieder	255	133
a) Angemessene Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder	256	133
b) Verträge mit einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern ohne Zustimmung des Aufsichtsrats	264	135
7. Kreditgewährung an Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	267	136
8. Unzulässige Ausgabe von Bezugsaktien bei bedingter Kapitalerhöhung	273	138
V. Verletzung gesetzlich geregelter Einzelpflichten	276	138
1. Vorstandspflichten bei Gesellschaftsgründung	276	138
2. Verletzung von Treuepflichten	280	140
a) Wettbewerbsverbot	280	140
aa) Normadressaten	280	140
bb) Zeitlicher Geltungsbereich	281	140
cc) Umfang des Wettbewerbsverbots	282	141

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
dd) Voraussetzungen einer Aufsichtsratsfähigkeit des Vorstandsmitglieds in Konkurrenzunternehmen	287	142
ee) Einwilligung des Aufsichtsrats	288	143
ff) Folgen eines Wettbewerbsverstoßes	289	143
gg) Nachträgliches Wettbewerbsverbot	290	143
b) Verstoß gegen Verschwiegenheitspflichten nach §§ 93 Abs. 1 S. 3 AktG, 14 WpHG	291	144
aa) Umfang der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht	291	144
bb) Grenzen der Verschwiegenheitspflicht/Besonderheiten bei Due- Diligence-Prüfungen	294	145
cc) Verschwiegenheitspflicht im Verhältnis zur Hauptversammlung	299	146
dd) Ausnahmen von der Verschwiegenheitspflicht gegenüber Dritten	300	147
ee) Strafrechtliche Konsequenzen	301	147
3. Schädigende Einflussnahme auf die Gesellschaft	304	147
4. Pflicht zur ordnungsgemäßen Buchführung	307	148
a) Inhalt der Buchhaltungs- und Aufbewahrungspflichten	307	148
b) Strafbarkeit	312	150
5. Risikomanagement und Bestandssicherungsverantwortung	314	150
a) Risikoüberwachung zur Früherkennung bestandsgefährdender Entwick- lungen	314	150
b) Ausgestaltung des Risikomanagements	319	151
c) Sonderregelung für Finanz- und Kreditinstitute	321	152
d) Strafbarkeit	325	153
e) Vorstandspflichten im Hinblick auf D&O-Versicherungsschutz	326	154
f) Allgemeines Risikomanagement und Corporate Compliance	328	154
6. Berichtspflichten	333	155
7. Pflichten bei Kompetenzbegrenzungen	339	156
a) Pflichten bei wirksamer Geschäftsverteilung	339	156
b) Pflichten bei bestehenden Zustimmungsvorbehalten des Aufsichtsrats	342	157
c) Ungeschriebene Hauptversammlungszuständigkeiten	343	157
8. Wettbewerbs-, Kartellrechts und Schutzrechtsverstöße	344	158
a) Regressansprüche der Gesellschaft	344	158
b) Unzureichender Schutz von Schutzrechten	346	158
9. Pflichten bei der Veröffentlichung von Ad-hoc-Mitteilungen	347	158
10. Verstoß gegen die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG	349	159
11. Pflichten des Vorstands einer abhängigen Gesellschaft im Konzern	356	160
a) Pflichten im Vertragskonzern	358	160
b) Abgrenzung des Anwendungsbereiches des § 310 AktG zu den §§ 76, 93 Abs. 2 AktG	365	162
c) Pflichten im faktischen Konzern	367	163
12. Vorstandspflichten bei Verlust des hälftigen Kapitals	371	164
13. Insolvenzantragspflicht	379	166
a) Vorstand als primärer Adressat der Insolvenzantragspflicht	379	166
b) Subsidiäre Insolvenzantragspflicht der Aufsichtsratsmitglieder	383	168
c) Besonderheiten für Versicherungsunternehmen, Finanz- und Kredit- institute sowie Investmentfonds	385	168
d) Strafbarkeit	387	168
VI. Innenhaftungsansprüche im Rahmen der Europäischen Aktiengesellschaft (Societas Europaea)	390	169

Kapitel 7. Pflichtverletzung von Aufsichtsratsmitgliedern

I. Abgrenzung Innenhaftung – Außenhaftung	1	172
II. Innenhaftung der Aufsichtsratsmitglieder	2	172
1. Gesetzliche Grundlagen	2	172
2. Hauptaufgabe des Aufsichtsrats	3	173
3. Zustimmungsvorbehalte	4	173
4. Corporate Governance	5	173

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
5. Aufsichtsratsausschüsse	6	174
6. Aufsichtsratsvorsitzender	8	175
7. Pflichtmaßstab	9	175
8. Protokoll der Aufsichtsratsitzung	10	176
9. Organschaftliche Stellung als Haftungsvoraussetzung	11	177
10. Faktisches Aufsichtsratsmitglied	13	177
11. Nachwirkende Pflichten	14	177
12. Die Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrates nach Grundsätzen ordnungsmäßiger Unternehmensführung	15	178
a) Sorgfaltsmaßstab	15	178
b) Retrospektive Kontrolltätigkeit	16	179
c) Zukunftsgerichtete Überwachung	17	180
d) Umfang der Überwachungstätigkeit	18	181
e) Krise des Unternehmens	19	181
f) Durchführung der Prüfungspflicht	23	182
g) Einsichtsrecht	24	182
h) Beiziehung Sachverständiger	25	183
13. Ernennung der Unternehmensleiter	27	184
a) GmbH	27	184
b) Genossenschaft	29	184
c) Bestellung und Abberufung des Vorstandes	30	184
aa) Auswahl des Vorstandes	30	184
bb) Bestellungsängel	35	186
cc) Abberufung	36	186
d) Dienstvertrag	38	187
e) Bezüge der Vorstandsmitglieder	39	187
f) Vertrag mit Abschlussprüfer	43	189
g) Verschwiegenheitspflicht	46	190
h) Treuepflicht der Aufsichtsratsmitglieder	48	191
i) Interessenkonflikt bei Unternehmensübernahme	52	192
j) Prüfung und Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Vorstandsmitglieder	58	193
k) Verzicht und Vergleich	63	195
l) Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen Aufsichtsratsmitglieder	64	195
m) Bilanzsitzung des Aufsichtsrates	65	195
n) Überwachungsberichterstattung des Aufsichtsrates	66	196
o) Entsprechenserklärung, § 161 AktG	76	199
p) Innenhaftung als Außenhaftung	79	200
q) Pflichten in der Insolvenz	80	200
r) Fakultativer Aufsichtsrat	82	201
s) Aufsichtsräte einer Genossenschaft	83	201
III. Pflichtverletzungen des Beirats	84	202
IV. Außenhaftung von Aufsichtsratsmitgliedern	86	203
1. Haftungstatbestände	86	203
2. Insolvenzverschleppungshaftung	87	203
3. Vermögensbetreuungspflicht	89	204
4. Außenhaftungsrisiken	90	204
5. Haftung gegenüber Anlegern	91	204
6. Verkehrssicherungspflichten	92	205
7. Eingriff in Mitgliedschaftsrechte	93	205
8. Rückgriff auf Innenhaftungsansprüche	95	205

Kapitel 8. Pflichtverletzungen durch Geschäftsführer einer GmbH (Innenhaftung)

I. Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes, unternehmerischer Ermessensspielraum und Gesamtverantwortung	2	208
II. Sondertatbestände des § 43 Abs. 3 GmbHG	6	209
1. Rückzahlung von Stammkapital	7	209
a) Verbot von Auszahlungen aller Art bei Vorliegen oder Herbeiführen einer Unterdeckung	9	210
b) Auszahlung eigenkapitalersetzender Darlehen (bis zum Inkrafttreten des MoMiG)	13	211
aa) Eigenkapitalersetzende Gesellschafterleistung	14	211
bb) Aufgabe der Rechtsfigur der eigenkapitalersetzenden Gesellschafterleistungen (Änderungen durch das MoMiG)	18	213
c) Nachschüsse	20	213
d) Folgen eines Verstoßes gegen das Rückzahlungsverbot	21	213
e) Entsprechende Anwendung auf die GmbH & Co. KG	27	214
f) Strafrechtliche Konsequenzen	29	215
2. Erwerb eigener Geschäftsanteile	30	215
III. Allgemeine gesetzlich geregelte Einzelpflichten	33	216
1. Pflichten des Geschäftsführers im Gründungsstadium	33	216
2. Pflicht zur Erstellung und Einreichung der Gesellschafterliste	36	217
3. Pflichten zur ordnungsgemäßen Buchführung	38	217
4. Pflichten des Geschäftsführers einer abhängigen GmbH im Konzern	41	218
a) Pflichten im Rahmen eines Vertragskonzerns	42	218
b) Pflichten im Rahmen eines faktischen Konzerns	43	218
5. Verlust des hälftigen Stammkapitals	44	218
6. Insolvenzantragspflicht und Zahlungen nach Insolvenzreife	46	219
a) Insolvenzantragspflicht	46	219
b) Insolvenzantragspflicht eines Directors einer englischen Limited	47	219
c) Strafrechtliche Konsequenzen	48	219
d) Verbot von Zahlungen nach Eintritt der Insolvenzreife	50	220
e) Auf die GmbH & Co. KG anwendbare Vorschriften	53	220
IV. Allgemeine Geschäftsführerhaftung nach § 43 Abs. 2 GmbHG	54	220
1. Pflicht zur Befolgung von Weisungen der Gesellschafter	56	221
a) Beschränkbarkeit der Geschäftsführung durch die Gesellschafter	56	221
aa) Gesellschafterversammlung als zuständiges Gesellschaftsorgan zur Erteilung von Weisungen	57	221
bb) Folgepflicht nur bei zulässiger und wirksamer Weisung	58	221
cc) Umfang zulässiger Weisungen	62	222
dd) Folgepflicht auch bei unzumutbaren Weisungen	63	222
ee) Rechtsfolgen bei Verstoß gegen Folgepflicht	64	223
b) Strafrechtliche Konsequenzen bei Nichtbefolgung zulässiger und wirksamer Weisungen	66	223
2. Risikomanagement	67	224
3. Kompetenzbeschränkungen	69	224
4. Treuepflichten, insbesondere Verschwiegenheitspflicht und Wettbewerbsverbot	72	225
a) Wettbewerbsverbot	72	225
b) Verschwiegenheitspflicht	73	225

Kapitel 9. Verjährung von Schadensersatzansprüchen

I. Verjährung von Innenhaftungsansprüchen	1	227
1. Verjährung von Schadensersatzansprüchen nach den §§ 93 AktG, 43 GmbHG, 34 GenG und 130 a HGB	1	227
a) Verjährungsbeginn	2	228
b) Verjährungsbeginn in Einzelfällen	4	229

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
c) Verjährungshemmung	19	232
d) Hohe Anforderungen an den Einwand der rechtsmissbräuchlichen Erhebung der Verjährungseinrede	20	232
e) Anwendbarkeit allgemeiner Verjährungsregelungen bei weitergehenden Ansprüchen der Gesellschaft	22	233
f) Änderung der gesetzlichen fünfjährigen Verjährungsfrist	25	233
g) Keine Verjährungsverkürzung und Möglichkeit zur Vereinbarung einer Ausschlussfrist für Organe einer Aktiengesellschaft	30	235
h) Verjährung von Ausgleichsansprüchen	31	235
2. Gesonderte Verjährungsregelungen für Schadensersatzansprüche im Gründungsstadium der Gesellschaft	35	236
3. Gesonderte Verjährungsregelungen bei Verstößen gegen Wettbewerbsverbote	38	237
4. Selbständige Verjährungsregelung für schädigende Einflussnahmen	42	238
5. Gesonderte Verjährungsregelungen für Organe einer abhängigen Gesellschaft im Konzern	43	238
6. Verjährungsregelungen in Umwandlungsfällen	44	238
7. Verjährung bei Verstößen gegen die gesellschaftlicherliche Treuepflicht	45	238
8. Verjährung von Ansprüchen des Vereins gegen ihre Organmitglieder	46	238
II. Verjährung von Außenhaftungsansprüchen	48	239
1. Verjährung von Ansprüchen der Gesellschaftsgläubiger im Zusammenhang mit der Insolvenzantragstellung	48	239
2. Steuerrechtliche Verjährungsregelungen	50	239
3. Gesonderte Verjährungsregelung bei unzulässiger schädigender Einflussnahme	52	240
4. Spezialgesetzliche und allgemeine bürgerlich-rechtliche Verjährungsregelungen zur Prospekthaftung	53	240
5. Verjährung spezialgesetzlicher Rückgriffsansprüche	56	241
6. Verjährung deliktsrechtlicher Ansprüche	57	241

Kapitel 10. Außenhaftungsansprüche gegenüber Vorstandsmitgliedern und Geschäftsführern

I. Besonders geregelte Haftungstatbestände	3	244
1. Handelndenhaftung im Gründungsstadium	3	244
2. Durchgriffshaftung	10	245
a) Vermögens- und Sphärenvermischung	12	246
b) Unterkapitalisierungshaftung	14	247
c) Existenzvernichtungshaftung	16	247
d) Spezialgesetzliche und sonstige Durchgriffshaftungstatbestände	19	248
3. Verstoß gegen die Kapitalerhaltungspflicht (§ 31 Abs. 6 GmbHG)	21	248
4. Unzulässige Einflussnahme (§ 117 AktG)	23	249
5. Unternehmensorganpflichten des übertragenden und übernehmenden Rechtsträgers nach den §§ 25 ff. UmwG gegenüber Gläubigern und Anteilseignern	27	249
a) Pflichten der Organmitglieder des übertragenden Rechtsträgers	27	249
b) Pflichten der Organmitglieder der übernehmenden Gesellschaft	31	250
6. Konzernrechtliche Haftung (§§ 309, 317 AktG)	32	251
II. Deliktische Schadensersatzansprüche	36	252
1. Ansprüche nach den §§ 93 AktG, 43 GmbHG, 34 GenG	36	252
2. Ansprüche wegen Verletzung eines Schutzgesetzes i.S.d. § 823 Abs. 2 BGB	38	252
a) Schutzgesetze i.S.d. § 823 Abs. 2 BGB	39	252
b) Normen mit fehlendem Schutzgesetzcharakter	40	254
3. Verstoß gegen Sorgfaltspflichten bei Gesellschaftsgründung	41	255
4. Ansprüche nach § 823 Abs. 1 BGB aufgrund der Verletzung des Mitgliedschaftsrechts und von Organisationspflichten	42	255
a) Ansprüche gegen Verletzung des Mitgliedschaftsrechts und des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs	43	255

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
b) Ansprüche wegen der Verletzung von Verkehrssicherungspflichten	47	257
5. Ansprüche wegen fehlerhafter Buchführung	48	257
6. Verstoß gegen die Verlustanzeige in Höhe des hälftigen Kapitals	50	258
7. Ansprüche über § 823 Abs. 2 BGB wegen Vorenthaltens von Sozialversicherungsbeiträgen sowie Beiträgen zur Urlaubs- und Lohnausgleichskasse	52	258
a) Ansprüche wegen Vorenthaltens von Sozialversicherungsbeiträgen	52	258
b) Ansprüche wegen Nichtabführung von Beiträgen zur Urlaubs- und Lohnausgleichskasse	58	260
8. Ansprüche nach § 823 Abs. 2 BGB wegen Verstoßes gegen die Insolvenzantragspflicht und das Zahlungsverbot nach Eintritt der Insolvenzreife	59	261
9. Außenhaftungsansprüche von Kapitalanlegern wegen fehlerhafter oder unterlassener Ad-hoc-Mitteilungen	65	262
10. Ansprüche wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung nach § 826 BGB	72	263
III. Haftung auf vertraglicher Grundlage nach den Grundsätzen des Verschuldens bei Vertragsschluss	76	264
IV. Ansprüche wegen wettbewerbs- und kartellrechtlicher Verstöße	79	265
V. Ansprüche wegen Schutzrechtsverletzungen der Gesellschaft	88	268
1. Ansprüche wegen Marken-, Patent-, Geschmacksmuster- und Urheberrechtsverletzungen	88	268
2. Strafrechtliche Konsequenzen	90	268
VI. Außenhaftungsansprüche im Rahmen der Europäischen Aktiengesellschaft	91	268

Kapitel 11. Besonderheiten der Haftung von Vorstand und Geschäftsführung eines Vereins sowie einer Stiftung

I. Haftung des Vereinsvorstands gegenüber dem Verein	2	269
1. Aufzeichnungs- und Buchführungspflichten	6	270
2. Verschwiegenheitspflicht	8	271
3. Insolvenzverschleppungshaftung	9	271
4. Haftungsmaßstab im Rahmen der Innenhaftung	12	271
5. Darlegungs- und Beweislast	14	272
II. Haftung des Vereinsvorstands gegenüber Gläubigern und sonstigen Dritten (Außenhaftung)	15	272
1. Deliktsrechtliche Außenhaftungsansprüche	16	272
2. Haftung gegenüber den Vereinsgläubigern wegen verspäteter Insolvenzantragstellung	18	273
3. Haftungsmaßstab im Rahmen der Außenhaftung	20	273
III. Haftung des Stiftungsvorstands gegenüber der Stiftung	25	274
IV. Haftung des Stiftungsvorstands im Rahmen der Außenhaftung	29	275

Kapitel 12. Verschulden

I. Organhaftung als Verschuldenshaftung	1	277
II. Mitverschulden	4	278
III. Sorgfalt eines Geschäftsleiters	5	279
IV. Sorgfalt eines Aufsichtsrates	7	279
V. Sondertatbestände, §§ 93 Abs. 3 AktG, § 43 Abs. 3 GmbHG	8	279
VI. Haftung bei BGB-Gesellschaft	9	279

Kapitel 13. Mitverschulden

I. Zu berücksichtigendes Mitverschulden im Rahmen von Innenhaftungsansprüchen	2	281
II. Zu berücksichtigendes Mitverschulden im Rahmen von Außenhaftungsansprüchen	19	285
1. Mitverschulden von Gläubigern	19	285
2. Mitverschulden von Anteilseignern	23	286
3. Mitverschulden des Fiskus sowie der Sozialversicherungsträger	25	286
III. Zu berücksichtigendes Mitverschulden im Innenausgleich	29	287

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
Kapitel 14. Kausalität		
289		
Kapitel 15. Schaden		
I. Allgemeiner Schadensbegriff	1	292
1. Schaden im Rahmen von Innen- und Außenhaftung	1	292
2. Die Sondertatbestände der §§ 93 Abs. 3 AktG, 43 Abs. 3 GmbHG und § 34 Abs. 3 GenG	4	292
II. Einzelne Schadenspositionen	5	293
1. Schadenspositionen im Rahmen der Sondertatbestände (Innenhaftung)	5	293
a) Schaden bei Verstößen gegen das Verbot der Einlagenrückgewähr und die Kapitalerhaltungsvorschriften	5	293
b) Schaden bei unzulässigem Erwerb eigener Aktien	8	294
c) Schaden bei dem Erwerb eigener Geschäftsanteile entgegen § 33 GmbHG/ Ausgabe von Inhaberaktien vor vollständiger Leistung des Ausgabebetrages	9	294
d) Schäden bei Zahlungen nach Eintritt der Insolvenzreife	11	294
e) Schadenspositionen im Zusammenhang mit der Zunahme der bilanziellen Überschuldung und der fehlenden Anzeige des hälftigen Verlustes des Kapitals	20	297
f) Mögliche Schäden aufgrund Untätigkeit des Aufsichtsrats in Krisensituationen	22	298
g) Schäden einer Genossenschaft bei fehlender Durchsetzung der Zeichnung weiterer Geschäftsanteile	24	298
h) Schäden bei verbotswidriger Kreditgewährung an Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	25	299
i) Zahlungen der Komplementär-GmbH an die KG nach Eintritt der Insolvenzreife	26	299
2. Sonstige Schadenspositionen im Rahmen der Innenhaftung	27	299
a) Schaden der Missachtung von Gesellschafterweisungen	27	299
b) Schäden im Zusammenhang mit der Gesellschaftsgründung	29	299
c) Schaden bei fehlender Abrechnung fälliger und Zahlung nicht fälliger Forderungen	33	300
d) Überhöhte Vergütungszahlungen	35	300
e) Provisions- und Schmiergeldzahlungen	37	300
f) Pflichtwidrige Ausnutzung der Organstellung/ungeklärter Kassen- oder Kontenfehlbestand	41	301
g) Schadensszenarien im Zusammenhang mit dem Abschluss von Versicherungen	45	302
h) Unberechtigte Subventionszahlungen	48	302
i) Tilgung anderer Gesellschaftsverbindlichkeiten unter Missachtung des Verwendungszwecks	49	302
j) Unterlassene Absicherung von Zins- und Währungsrisiken	51	303
k) Schadensszenarien bei Überschreitung der eingeräumten internen Kompetenz/Erwerb unbrauchbarer Vermögensgegenstände	53	303
l) Schadensfolgen bei Verletzung der Buchführungspflicht	57	304
m) Verteilung nicht gerechtfertigter Vorteile an Gesellschafter	60	304
n) Schadensfolgen bei Verstößen gegen gesetzliche und/oder vertragliche Wettbewerbsverbote	61	304
o) Schadensfolgen bei kartellrechtlichen Verstößen	63	305
p) Notwendiger Vergleich der tatsächlichen mit der hypothetischen Vermögenslage bei angeblich pflichtwidrigem Abschluss eines Mietvertrages unter der ortsüblichen Miete	64	305
q) Schaden bei Festsetzung einer unangemessenen Vorstandsvergütung durch den Aufsichtsrat	65	306
3. Schadenspositionen im Rahmen von Außenhaftungstatbeständen	66	306
a) Schadensfolgen bei Verstoß gegen die Insolvenzantragspflicht	66	306

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
b) Schäden von Arbeitnehmern, Sozialversicherungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit wegen verspäteter Insolvenzantragstellung	80	310
c) Reflexschäden	84	310
d) Schäden bei nicht rechtzeitiger oder unzutreffender Erstellung des Jahresabschlusses	86	311
e) Schaden bei fehlerhaften Ad-hoc-Mitteilungen	87	311
f) Schadenspositionen im Rahmen einer Umwandlung	88	311
III. Bestehen mehrerer alternativer Handlungsmöglichkeiten/pflichtgemäßes Alternativverhalten	90	312

Kapitel 16. Steuerrechtliche Haftung von Unternehmensorganen

I. Haftung für ausstehende Steuern gem. §§ 34, 35, 69 AO	1	315
II. Verfügungsberechtigte	3	315
III. Unabdingbare Pflichten	5	316
IV. Haftung für tatsächlich verwaltete Mittel	7	316
V. Haftung für die Verletzung der in §§ 34, 35 AO genannten Pflichten nach § 69 AO	8	316
VI. Lohnsteuerhaftung	12	317
VII. Vereinsvorstand	13	318
VIII. Ursächlichkeit der steuerlichen Pflichtverletzung	15	318
IX. Verschulden	17	318
X. Sachhaftung	20	319
XI. Inanspruchnahme durch Haftungsbescheid	21	319

Kapitel 17. Haftungsausschluss und -beschränkungen

I. Möglichkeiten eines Haftungsausschlusses und einer Haftungsbeschränkung im Innenverhältnis	2	322
1. Haftungsausschluss durch gesetzmäßigen Beschluss des zuständigen Gesellschaftsorgans	3	322
a) Haftungsausschluss bei der Aktiengesellschaft	3	322
aa) Anwendungsbereich	4	322
bb) Inhaltliche Voraussetzungen	5	322
cc) Haftungsausschluss hinsichtlich des Aufsichtsrates	11	324
b) Haftungsausschluss bei der Genossenschaft	14	324
c) Haftungsausschluss bei der GmbH	15	324
2. Nachträglicher Haftungsausschluss in Form eines Verzichtes oder Vergleiches	17	325
a) Verzicht und Vergleich bei der Aktiengesellschaft	17	325
aa) Voraussetzungen	23	327
(1) Regelfall	23	327
(2) Ausnahmen	26	327
bb) Rechtsfolgen	27	328
cc) Umfang der umfassten Ersatzansprüche	30	328
dd) Zusätzliche Erfordernisse bei einer KGaA	33	329
b) Verzicht und Vergleich bei der Genossenschaft	34	329
c) Verzicht und Vergleich bei der GmbH	39	330
aa) Voraussetzung und Umfang	40	330
bb) Generalbereinigungsbeschluss	45	331
cc) Entlastungsbeschluss	48	332
d) Verzicht und Vergleich beim Verein	59	334
aa) Generalbereinigung	60	334
bb) Entlastung	61	334
3. Haftungsbeschränkungs- und -ausschlussvereinbarungen zwischen Gesellschaft und Unternehmensorganmitglied	62	334
a) Möglichkeiten der Vereinbarung einer Haftungsbeschränkung bei der Aktiengesellschaft	63	335

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
b) Möglichkeiten der Vereinbarung einer Haftungsbeschränkung bei der Genossenschaft	66	335
c) Möglichkeiten der Vereinbarung einer Haftungsbeschränkung bei der GmbH	69	336
aa) Haftungsbeschränkungsvereinbarung für Geschäftsführer	69	336
bb) Haftungsbeschränkungsvereinbarung für den Aufsichtsrat	77	338
d) Möglichkeiten der Vereinbarung einer Haftungsbeschränkung beim Verein	79	338
II. Möglichkeiten einer Freistellungsvereinbarung des Unternehmensorganmitglied im Außenverhältnis	83	339

Kapitel 18. D&O-Versicherung

I. Historische Entwicklung	1	342
II. Deckungskonzept der D&O-Versicherung	6	343
1. Gegenstand der Versicherung	6	343
2. Umfang der Versicherung	7	343
3. Versicherungsnehmer und versicherte Personen	11	344
4. Versicherte Risiken – Tochterunternehmen	15	345
5. Begriff des Vermögensschadens	18	346
6. D&O-Markt in Deutschland	21	346
a) Volumen	21	346
b) Schadensituation	22	346
7. Ausschlüsse	24	346
a) Wegen vorsätzlicher Schadenverursachung oder durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Beschluss, Vollmacht oder Weisung oder sonstige wissentliche Pflichtverletzung	25	346
b) Wegen Rückzahlung oder Rückgabe von Bezügen, Tantiemen oder sonstigen Vorteilen, welche die versicherten Personen aus der versicherten Tätigkeit oder mit Rücksicht auf diese erhalten haben	27	347
c) Wegen Schäden durch von der Versicherungsnehmerin oder einer Tochter- oder Konzerngesellschaft in den Verkehr gebrachte Produkte, Arbeiten oder sonstige Leistungen	28	347
d) Wegen Schäden durch Umwelteinwirkungen und alle sich daraus ergebenden weiteren Schäden	29	347
e) Welche vor Gerichten außerhalb der EU geltend gemacht werden – dies gilt auch im Falle der Vollstreckung von Urteilen, die außerhalb der EU gefällt wurden; wegen Verletzung oder Nichtbeachtung des Rechts von Staaten, die nicht der EU angehören; wegen einer außerhalb der EU vorgenommenen Tätigkeit	30	347
f) Aus Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit sog. „Insider-Regeln“	31	347
g) Aus Pflichtverletzungen bei einer anderen als der versicherten Tätigkeit (z. B. Tätigkeit bei einem anderen Unternehmen oder freiberufliche Tätigkeit)	31	347
h) Von versicherten Personen untereinander oder von Angehörigen der versicherten Personen i. S. d. Ziff. 4.2 der AVB-AVG	32	347
i) Die sich daraus ergeben oder damit im Zusammenhang stehen, dass Versicherungsleistungen oder Versicherungen nicht oder unzureichend wahrgenommen, abgeschlossen oder fortgeführt werden	32	347
j) Wegen Beleidigung, übler Nachrede, Geschäftsschädigung oder unlauteren Wettbewerbs oder Wettbewerbsbeschränkungen sowie aus der Verletzung von Berufsgeheimnissen, Urheber-, Patent-, Warenzeichen-, Geschmacksmuster und vergleichbaren Immaterialgüterrechten	33	348
k) Wegen Vertragsstrafen, Kautionen, Bußgeldern und Entschädigungen mit Strafcharakter (punitive und exemplary damages)	33	348
l) Der Versicherungsnehmerin, einer Tochtergesellschaft oder einer verbundenen Gesellschaft, deren Vermögensschaden bei einer anderen Gesellschaft dieses Konzerns zu einem Vermögensvorteil geführt hat, in Höhe des Vermögensvorteils	35	348

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
m) Im Zusammenhang mit Bestechungen, Schenkungen, Spenden oder ähnlichen Zuwendungen	37	348
n) Wegen Schäden aus Spekulationsgeschäften, soweit diese nicht innerhalb eines ordnungsgemäßen Geschäftsgangs erforderlich und üblich sind (z. B. Kurssicherungsgeschäfte)	37	348
o) Wegen Schäden der Versicherungsnehmerin oder einer Tochtergesellschaft durch Einbußen bei Darlehen und Krediten. Dies gilt nicht, soweit die Einbußen verursacht sind durch Pflichtverletzungen bei der Rechtsverfolgung	38	348
p) Wegen Schäden aus Anfeindung, Schikane, Belästigung, Ungleichbehandlung oder sonstigen Diskriminierungen	40	349
q) Wegen Schäden, die direkt oder indirekt auf Asbest, asbesthaltige Substanzen oder Erzeugnisse zurückzuführen sind oder mit diesen im Zusammenhang stehen	41	349
r) Im Zusammenhang mit Forderungen, Klagen, Verwaltungsakten, Ermittlungsverfahren, Untersuchungen, Urteilen, sonstigen Vollstreckungstiteln oder den diesen zugrund liegenden Sachverhalten, die bereits vor oder zu Beginn des Vertrages gegen eine versicherte Person oder die Versicherungsnehmerin oder ein mitversichertes Unternehmen gerichtet waren	42	349
8. Claims-made-Prinzip	44	349
9. Zeitlicher Umfang des Versicherungsschutzes	48	350
a) Nachmeldefrist	49	350
b) Rückwärtsdeckung	56	351
c) Pflichtverletzung durch fahrlässiges Unterlassen	59	351
10. Merkmale des Versicherungsschutzes	61	351
a) Versicherungssumme	61	351
aa) Sublimits	65	352
bb) Serienschadenklausel	66	352
cc) Beteiligung der versicherten Personen am Unternehmen	70	353
b) Abwehr und Kostenschutz	73	353
c) Selbstbehalt	75	353
11. Obliegenheiten	80	354
a) Vorvertragliche Anzeigepflichten	84	355
b) Anzeigepflichten während der Vertragslaufzeit	89	356
c) Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalls	94	357
aa) Anzeige des Versicherungsfalls	96	357
bb) Informationspflichten	99	358
d) Wegfall des Anerkenntnis- und Befriedigungsverbots §§ 105 und 108 II VVG 2008 (Schimmer)	105	359
e) Rechtsfolgen bei Verletzung von Obliegenheiten	108	360
aa) Kündigungsrecht	109	360
bb) Leistungsfreiheit	110	360
III. Steuerliche Behandlung der Prämie	116	362
1. Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer	116	362
2. Aufsichträte	126	363
3. Steuerliche Behandlung bei der Gesellschaft	131	364
a) Prämienzahlung für Vorstand und Geschäftsführer	131	364
b) Prämienzahlung für Aufsichträte	133	364
Anhang. Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Aufsichträten, Vorständen und Geschäftsführern (AVB-AVG)		365
Sachverzeichnis		375